

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit“ 45 Pfg. mehr. Preis für 1 Spalt. Kleinzelte für Stadt u. Landkreis Herford 25 Pfg., sonst 30 Pfg. Anzeigen die Seite 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 300

Herford, Montag, den 23. Dezember

1918

Ein nationalliberaler Aufruf zum Eintritt in die Deutsche demokratische Partei.

D.P.R. Eine Anzahl nationalliberaler Zentralvorstandsmitglieder, die am Sonntag der letzten Sitzung des Zentralvorstandes beigewohnt haben, sowie eine Reihe sonstiger Mitglieder der nationalliberalen Partei erlassen den nachstehenden Aufruf:

An unsere Parteifreunde!

Das Deutsche Reich, für das unsere Großväter gekämpft, unsere Väter gekämpft, wir selbst uns begeistert und unsere Söhne und Brüder opfermutig den Tod erlitten haben, ist zusammengebrochen. Wie für alle anderen, so hat auch für unsere Partei der Weltkrieg mit seinem erschütternden Ausgange neue Lebensbedingungen geschaffen. Nur auf dem tatsächlich gegebenen Boden der deutschen Republik und auf demokratischer Grundlage kann der Wiederaufbau des Vaterlandes ins Werk gesetzt werden. Es gilt, gesetzmäßige Zustände wieder herzustellen. Geht es weiter wie bisher, so sind Staatsbankrott und Hungersnot und in ihrem Gefolge Plünderungen und Gewalttaten unausbleiblich.

Dies Unglück kann nur eine regierungsfähige Mehrheit in der bevorstehenden Nationalversammlung abwenden. Je mehr das deutsche Bürgertum in Parteien gespalten, umso schwerer ist dies zu erreichen. Viel zu lange schon hat die Parteizersplitterung im deutschen Volke geherrscht, und zur Schwächung unserer Volkskraft beigetragen.

Deshalb sind wir dem Drängen zahlreicher Parteifreunde aus allen Ecken des Reiches nach einem feierlichen Zusammenstoß der freihetlich gesinnten Kreise unseres Volkes gefolgt und haben uns mit anderen auf demokratischer Grundlage stehenden Organisationen unter Führung der bisher bestehenden Gegensätze zur Deutschen demokratischen Partei vereinigt.

Ausdrucksweise war für uns, daß in einem Staate der Volksherrschaft nur große Parteien den Willen ihrer Wähler verwirklichen können. Die Deutsche demokratische Partei hat mehr als jede bloße Fortsetzung der alten Parteien die Aussicht, die gewaltigen Schäden der früheren Wählersektionen der Frauen und der Jugend mit sich zu führen, die ohne Verständnis für alten Geist mit offenem Sinn für neue Gedanken in das politische Leben hereinzutreten. Wir trauen ihr zu, daß sie die große Partei ist, die alle Schichten des Volkes umfaßt, jede einzelne Klassenverehrung verhindert.

Die Beschlüsse, die uns bisher geleitet haben, bleiben in der Deutschen demokratischen Partei in guter Gut. Die liberale Idee von dem besonderen Wert des einzelnen und seiner Seele und dem Aufstieg des Nützlichen, der soziale Gedanke der Gerechtigkeit und des Schutzes des Schwächeren unter uns und die nationale Forderung der Einheit aller Deutschen und der Wahrung der Rechte des freien deutschen Volkes unter den anderen Völkern.

In alle unsere ehemaligen Parteifreunde im Lande richten wir die dringende Bitte und Mahnung, unseren Beispielen schnell zu folgen.

Gute hat noch!

Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen viel leicht eher bevor, als wir glauben.

Berlin, den 15. Dezember 1918, abends.

Partei, Fabrikbesitzer, Magdeburg. 1. Vorsitzender der Provinz Sachsen. Berlin, 1. Bürgermeister, Eilenburg. Dr. Blankenburg, M. d. R., Oberlehrer, Zeitz. Dr. Boller, M. d. R., Justizrat, Berlin. Dr. Bohme, M. d. R., Syndikus, Berlin. v. Bülow, Geh. Justizrat, Hamburg. v. d. G., M. d. R., Dumrat, M. d. R., Landrat, Wansin i. B. Dr. Fischer, Banddirektor, Berlin. Gleicher, Wirtl. Geh. Oberregierungsrat, Berlin-Steglitz. Friedberg, M. d. R., Staatsminister a. D., Berlin-Charlottenburg. Grund, M. d. R., Stadtrat, Breslau. Jeller, Vorschlag, M. d. R., Berlin-Friedenau. Jund, M. d. R., Geh. Justizrat, Leipzig. Kallio, Verlagsbuchhändler, Berlin-Berlin-West. Kauffmann, Rechtsanwalt, Berlin-Schöneberg. Keimath, Schriftsteller, Berlin. M. d. R., Kirchbach, Chefsekretär, Magdeburg. Dr. Köhler, Geschäftsführer des Hanfbandes, Berlin. Krüger, Güterbesitzer, M. d. R., Hoppenrade. Künne, Fabrikbesitzer, Elberfeld. 1. Vorsitzender der Rheinprovinz. Wittenberg, Rektor, Magdeburg. Riemann, M. d. R., Geh. Justizrat, Charlottenburg. Rist, M. d. R., Rechtsanwalt, Berlin-Grünwald. Rudow, Geh. Justizrat, Erfurt. M. d. R., Lucas, M. d. R., Geh. Kommerzienrat, Berlin. Rufens, Ministerialdirektor, M. d. R., Marwig, Justizrat, Berlin. Nagel, Chefsekretär, Berlin. Nischke,

Staatsminister, Dresden. Otto, Prof., Marburg a. R. M. d. R., Fabrikbesitzer, Remscheid. Pfing, Oberlehrer, Zittau. Robmann, Geh. Hofrat, Karlsruhe. 1. Vorsitzender für Baden. Reif, Geh. Justizrat, Magdeburg. Rehr, v. Reichshausen, Legationsrat, M. d. R., u. A. Berlin. Schiffer, Staatssekretär des Reichsschatzmeisters, Berlin. Schmidt, Mittergutspächter, Riemberg bei Oerling. Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath, M. d. R. und S., Amtsh. Schröder, Landrat, Geh. Regierungsrat, Kassel. M. d. R., Stadthagen. Geh. Regierungsrat, Charlottenburg. Trittel, Gymnas.-Direktor, M. d. R., Neuhaldensleben. Vogt, Geh. Regierungsrat, Berlin-Friedenau. Wachhorst de Wente, M. d. R. und A., Hofbesitzer, Osnabrück.

Zusammentritt und Tagungsdauer der Nationalversammlung.

bb. Berlin, 21. Dez. Wie der Geh. Oberregierungsrat Schulze vom Reichsamt des Innern durch das Demokratische Deutschland mitteilt, wird die Tagungsdauer der Nationalversammlung auf mindestens acht Wochen geschätzt. Wo die Nationalversammlung zusammentritt, ist noch nicht bestimmt, außer Berlin kommen in Betracht Bayreuth, Bamberg, Frankfurt a. M., Kassel, Erfurt, Weimar und Nürnberg. Der Zusammentritt der Nationalversammlung kann nicht unmittelbar nach der Wahl erfolgen, weil das amtliche Wahlergebnis erst am 25. Januar festgestellt wird. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses läuft noch eine Frist von einer Woche, in der sich die Abgeordneten über die Annahme der Wahl zu entscheiden hätten. Danach wäre nicht vor Anfang Februar mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung zu rechnen.

23 Wahlkreise und 401 Abgeordnete.

Berlin, 21. Dez. (Anteil.) Die von der preussischen Regierung beschlossene Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung lehnt sich eng an das Reichswahlgesetz an. Die Mitglieder der Landesversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer einjährig. Personen des Soldatenstandes und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlabschlüssegründe sind die gleichen wie im Reichswahlgesetz. Wähler sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preußen sind. Auf 100 000 Einwohner entfällt ein allgemeines ein Abgeordneter. In 23 Wahlkreisen, die sich an die Provinzen und Regierungsbezirke anschließen, werden insgesamt 401 Abgeordnete gewählt. Die Wahlen finden am 26. Januar statt.

Demokratische Kandidaten für die Nationalversammlung.

M. Frankfurt a. M., 20. Dez. In der gestrigen Versammlung der demokratischen Partei wurden folgende Kandidaten zur Nationalversammlung aufgestellt: Prof. Max Weber-Heidelberg, Prof. Walter Schilling-Marburg, Frl. Dr. Baum-Hamburg, Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt a. M. und Dr. Schöndorfer, früherer Straßburg. Wie Dr. Luppe im Laufe der Versammlung doch in Frankfurt a. M. zusammentritt, und zwar nach einer Mitteilung des wegen dieser Angelegenheit in Berlin weilenden Oberbürgermeisters Voigt.

Hindenburgs Weihnachtsaufruf.

M. Kassel, 21. Dez. In einem von der „Kasseler Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Aufruf, gegeben im Großen Hauptquartier, Wilhelmshöhe, Weihnachten 1918, blickt Hindenburg auf die gewaltigen Kriegslösungen des zur Wehrhaftigkeit erzogenen deutschen Volkes in Waffen zurück, das nicht vor einer Welt von Feinden zusammengebrochen sei. Hierzu befähigt worden sei es durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, durch den Willen zum Siege und durch den Sinn der Treue. Das deutsche Volk sei dahin, zerlegt und aufgelöst, obwohl bis zuletzt geschützt und geachtet von den Feinden. Den Führern des Volkshaarers unbestreitbar ein hoher Anteil am Ruhme zu.

Es sei heimliche Rache, ihnen die Abzeichen und Waffen abzusprechen, sie als unfähig zur Befehlsgewalt zu erklären. Die Beförderung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf sei die Absicht jener vernünftigen und zureichenden Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf einer gesunden, politischen und wirtschaftlichen Grundlage zu heben. Trotz mancherlei Krankheitsercheinungen, wie vereinzelte Fälle von Selbstmord, Eitelkeit und Unwahrscheinlichkeit lehre das deutsche Offizierkorps gesund und stark aus dem Kriege zurück. Das deutsche Offizierkorps sei ferngehand. Seine Lebensaufgabe sei das Wohl der Gesamtheit, die Ehre des deutschen Namens. Darum habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unseres nationalen, wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Dabei muß es aber erwidern, wenn in kleinlicher Rache die Autorität im Heere untergraben wird. Alle jene aber, die sich als Schmarotzer im deutschen Offizierkorps gezeigt haben, sollten und müssen abgeschüttelt werden.

Der Aufruf schließt:

Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Volkshaarers am Ende meiner militärischen Laufbahn die Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treuesten Stützen in Kampf und Not, so möge man darin auch ein heiliges Vermächtnis aus der Vergangenheit entnehmen für die neue Zeit, für die glückliche Zukunft unseres Volkes und für die Einheit der deutschen Stämme mit der alten Mahnung: Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.

Eine neue deutsche Note an Wilson.

M. Amsterdam, 21. Dez. Reuter berichtet: Trotz der Mitteilung, daß Deutschland sich an alle verbündeten Regierungen wenden müsse, hat die deutsche Regierung ein neues Gesuch betreffend die Lebensmittelförderung Deutschlands und die Verringerung der Währungsnotstandbedingungen an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet. Das Ministerium des Reichens wird die Note, weil sie die obige Bestimmung übersteigt, nicht bekannt machen. Dazu unterscheidet sie sich nicht von den vorigen, in denen man einen Versuch sieht, die Folgen der Niederlage zu umgehen.

Die deutsche Öffentlichkeit kann umso mehr die Veröffentlichung der betreffenden Note von amtlicher deutscher Seite verlangen.

Schjernings Nachfolger.

Berlin, 21. Dez. Als Nachfolger des bisherigen Generalstabes der Armee und des Chefs des Generalstabs, General v. Schjerning, ist der Direktor des Sanitätsdepartements des Kriegsministeriums, Generalarzt Dr. Schulgen, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generalstabes der Armee und des Chefs des Sanitätskorps und des Direktors der Kaiser-Wilhelm-Akademie unter Befassung in seiner bisherigen Dienststelle beauftragt. Generalarzt Schulgen ist geboren am 14. November 1863 zu Goslar als Sohn des Professors R. Schulgen.

Adolf Hoffmann, Mitglied des Bundesrats.

M. Berlin, 21. Dez. Amtlich wird gemeldet: Der Minister Adolf Hoffmann ist von der preussischen Regierung durch Erlass vom heutigen Tage zum Bevollmächtigten Preußens im Bundesrat ernannt worden.

Holland erkennt die deutschen U-Boote nicht an.

Rotterdam, 21. Dez. Die niederländische Regierung hat allgemein die Anordnung an die Landesbehörden ergehen lassen, mit deutschen Soldaten- oder Arbeitertruppen oder ihren Angehörigen in keinerlei amtlichen Verkehr zu treten. Das Ueberbretten der Grenze durch deutsche U-Boote ist zu vermeiden.

Die drohende Gefahr aus Russland.

Bern, 21. Dez. Der englische Pressedienst verbreitet eine Meldung des „Petit Journal“, wonach

die bolschewistische Armee von 900 000 Mann jenseitig und plündernd langsam gegen Deutschland marschiere. Die Armee untersteht dem Befehle eines intelligenten Generals des alten russischen Regimes. Es herrsche eiserne Disziplin. Unzufriedene würden sofort hingerichtet. Der Verband stehe vor wichtiger Beschaffen.

Die bolschewistische Flut.

Berlin, 21. Dez. Der bolschewistische Einfluß in Ostland und Lettland wächst zusehends. Die Verhandlungen des deutschen Zentralratens mit den Bolschewisten über die Festlegung der nicht zu überschreitenden Demarkationslinie sind ergebnislos verlaufen. Das bolschewistische Heer, vier Divisionen stark, dringt auf Mitau und gegen Riga vor.

Bolschewistisches Blutbad in Kurland.

M. Zürich, 20. Dez. Aus Riga wird gemeldet: Die seit einigen Tagen hier erscheinende russische Zeitung „Naschi Dni“ berichtet aus Pleskau, daß von den bolschewistischen Truppen 400 Personen als Gegenrevolutionäre erster Kategorie beschloßen, dem Revolutionstribunal übergeben und zum Tode verurteilt worden sind. Die Verurteilten mußten, in Gruppen eingeteilt, ihre Gräber selber schaufeln und wurden dann erschossen. Die folgenden Gruppen mußten die vorhergehenden begraben. Zur zweiten Kategorie gehören diejenigen, die während der deutschen Besetzung ein bürgerliches Amt bekleidet haben. Diese wurden verhaftet, sind aber noch nicht verurteilt worden. Ebenso wird von furchtbaren bolschewistischen Gräueltaten in Petrovo berichtet, wo u. a. viele führende Persönlichkeiten erschossen worden sind.

Bolschewistischer Terror an der Ostfront.

M. Berlin, 20. Dez. In großen Teilen der Ostfront drängen in offenem Hohn auf alle Erklärungen und Verträge reguläre Sowjettruppen nach und verhaften, die Bevölkerung zu terrorisieren. Rival ist geräumt. In der Ukraine wurden unsere Truppen in Kämpfe verwickelt, da die Bolschewisten Abtransporte verhindern. Unsere Truppen waren bei ganz geringen eigenen Verlusten überall siegreich. Wir nahmen den Bolschewisten 15 Geschütze ab.

Die Polenfrage.

Berlin, 21. Dez. Heute nachmittag fand eine Sitzung des preussischen Kabinetts statt, die sich mit der Polenfrage beschäftigte.

Verseklung der deutschen Kriegsschiffe.

Nach einem Telegramm der „Associated Press“ haben die amerikanischen Delegierten bei der Friedenskonferenz beschlossen, dafür einzutreten, daß die ausgelieferten feindlichen Kriegsschiffe versenkt werden, damit nicht bei ihrer Verteilung Zwistigkeiten entstehen. Sir Eric Geddes soll diesem Plan bereits zugestimmt haben.

Das ruhmslose Ende von U 9.

Die „A. V.“ berichtet über die näheren Umstände des Auslieferung von U 9 folgendes:

Der englische Admiral Beatty hatte bei Durchsührung der Waffensstillstandsverhandlungen zur See auf die Auslieferung des U 9, mit dem Kapitänleutnant Weddigen seiner Zeit drei englische Panzerkreuzer torpedierte, mit Rücksicht auf die ruhmsreiche Vergangenheit des Bootes verzichtet. Das Boot ist indessen doch ausgeliefert worden, weil die deutschen Ueberführungsmannschaften nicht auf die Gelegenheit verzichteten wollten, die für die Ueberführung der Boote nach England von deutscher Seite gezahlte Entschädigung von 500 Mark für jeden Mann der Besatzung zu verdienen.

Es fehlt noch eine amtliche Bestätigung dieses Tatbestandes. Die Öffentlichkeit hat ein unbedingtes Recht darauf, sofort zu erfahren, ob der von der „A. V.“ gemeldete beschämende Vorgang tatsächlich erfolgt ist.

Bedeutlicher Gesundheitszustand des Kaiserpaars.

Wien, 22. Dez. Nach einem Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Haag ist der Gesundheitszustand der deutschen Kaiserin derart, daß sie wohl kaum das neue Jahr erleben wird. Sie hatte vor einigen Monaten einen Schlaganfall erlitten; auch machte ihr Herzleiden während der letzten aufregenden Wochen, als die Kaiserin die Kaiserin der Kaiserin verhandelt wurde, starke Fortschritte, wodurch eine Nervendepression hinzutrat, die den Zustand der Kaiserin auf das bedenklichste beeinflusste.

Der Kaiser ist ebenfalls ernsthaft erkrankt. Sein Ohrläiden hat sich erheblich verschlimmert, und es besteht die Gefahr, daß es auf das Gehirn übergreift. Beim Kaiser sind ebenfalls nervöse Erscheinungen als Folgen der Aufregung festzustellen.

Ablieferung der Preisen.

Haag, 21. Dez. „Hollands Nieuws Büro“ meldet: Der erste Teil der Schiffe der Entente, die seit Beginn des Krieges in deutschen Häfen interniert waren, sei von deutschen Besatzungen nach England gebracht worden. Am 20. Dezember sind sie in der Ebnenmündung angekommen.

Spernung des Fremdenzuges nach München.

München, 20. Dez. Der Zug nach München ist vom Stadtmagistrat gesperrt worden. Zugiehende erhalten keine Lebensmittelpässe und werden fortgewiesen.

München, 20. Dez. Heute nacht wurde die Kompagnieklasse der zweiten Kraftfahrer-Gruppierung mit 25 000 Mark gestohlen.

Weihnachtsgruß an von Lettow-Vorbeck.

Berlin, 21. Dez. Das Kommando der Schutztruppe ersuchte durch Vermittlung der internationalen Waffensachverständigenkommission in Spa die englische Regierung um Weitergabe folgenden Grusses:

An General von Lettow! Der tapferen Heldenschar und dem genialen Führer seiner heldischen Wehrmachtgrüße mit dem Wunsch auf glückliche Heimkehr das Kommando in Berlin.

Ein neuer Tripolisfeldzug?

Bern, 21. Dez. Aus „Secolo“ geht hervor, daß Italien einen neuen großen Tripolisfeldzug vorbereitet. Große Truppentransporte sind abgegangen. Die Araber sollen von Tunis aus angegriffen werden.

Herford und Minden-Ravensberg.

23. Dezember.

Volkserziehung

nach dem deutsch-demokratischen Parteiprogramm, darüber sprach am letzten Sonnabend in einer öffentlichen Versammlung Herr Seminarlehrer Claus vom hiesigen Lehrerseminar. Nach einer kurzen Begrüßung durch Herrn Blante führte der Redner etwa folgende Gedanken aus: Volkserziehung bedeutet: Entwicklung aller Kräfte jedes Einzelnen in eiserner Pflichterfüllung, in nüchternen Tatsachen seine nur im edelsten Idealismus, indem der Einzelne sein Wohl dem Wohle der Gesamtheit unterordnet. Zu dieser Erziehung unseres Volkes müssen alle mitwirken. Das Leben der einzelnen Menschen darf nichts weiter sein als eine dauernde Selbsterziehung. Dadurch wird er selbst zur höchsten Kraftleistung befähigt, gibt seinen Mitmenschen ein gutes Vorbild, kann zugleich Mitleid zeigen und fühlt sich für die Gesamtheit mit verantwortlich.

Insonderheit stellt sich die Schule ganz in den Dienst der Volkserziehung. Die vom höchsten Idealismus getragene Lehrpersonlichkeit, deren Ausbildung die denkbar beste sein muß, wirkt hauptsächlich durch ihr musterhaftes Eigenbild, durch die im Unterricht lebendige vorgeführte

Idealgestalt, durch Beachtung des Idealbildes im Jüngling, durch die Art und Weise ihrer Begegnung, durch das Vertrauensverhältnis zwischen sich und ihm, das die Willensbetätigung freie Bewegung gestattet. Jede Klasse ist als kleiner Erziehungsstaat anzusehen, aus dem heraus die künftigen Staatsbürger aufzuwachen. Die Gesamtschule gleicht dem Herdfeuer der alten Germanen, von dem jedes Glied ein Fünkchen ins Leben mitnimmt, das dort zur Flamme der echten Vaterlandsliebe erglüht.

Das Ziel freie Beweglichkeit zu gestalten, also Selbständigkeit des Unterrichtsverfahrens, Mitwirkung bei der Schulaufsicht, Schulverwaltung und Schulgesetzgebung. Auf allen Zweigen der Volkserziehung von der Säuglingspflege an bis zur Univerfität muß theoretische und praktische Hygiene gepflegt und körperliche Erkräftigung der Jugend in Verbindung mit Lebensreform ein Hauptzweck der Erziehung werden.

Durch Einrichtung der Einheitschule wird die Gesamtschule gehoben, die soziale Kluft überbrückt, jeder Kraftentfaltung Spielraum gewährt und dadurch dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen. Neben Geschichte, Deutsch u. Deutschkunde müssen Staatskunde und Volkswirtschaft mehr als bisher Beachtung finden, und schon in der Jugend muß der Grund gelegt werden, daß die Arbeit mit der schwierigen Hand im Volke mehr Wertschätzung erhalte. Die im Kinde schlummernden religiösen Kräfte, die einer Entwicklung harren, können nur dann in den Dienst der Volkserziehung gestellt werden, wenn nach jeder Richtung hin unbedingte Glaubens- und Gewissensfreiheit und Freiheit jeder religiösen Übung gewährt wird, denn nur die freie aus innerer Überzeugung impulsiv ausströmenden Kräfte der Erzieherpersönlichkeit bedingen einzig und allein natürliches Wachstum der sittlichen Persönlichkeit des Kindes.

Die Wiedergeburt des deutschen Volkes liegt in der Familie. Harmonische Ausbildung unserer Mädchen mit Rücksicht auf ihre Mutterpflichten und staatliche Eheerlaubnis sind Forderungen, die Beachtung verdienen. Staatlich ausgewählte Personen sind als Mütterzieher zu bestimmen. Haus, Familie und Schule müssen in vertrauensvolle Verbindung treten, um sich gegenseitig zu fördern. Elternbeiträge, Elternabende und andere ähnliche Einrichtungen sind zu unterstützen. Schulliteratur, Alkohol und andere Volkspeste sind zu bekämpfen. Die Fürsorgebestrebungen für die Jugendlichen, hinsichtlich der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung sind weiter auszubauen und Volkshochschulen einzurichten. Der Geschmack für Literatur und Kunst ist zu veredeln. Friedliche Beziehungen zu anderen Völkern sind anzubahnen.

Diese mit vielen Zitate und Sinnprüfungen durchführten Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Ansprache schloß Herr Blante die Versammlung mit der dringlichen Mahnung, sich politisch fest zu organisieren und sich der demokratischen Partei anzuschließen. Anmeldungen wurden entgegen genommen.

— Silberhochzeit. Das Fest ihrer silbernen Hochzeit feiern heute (23. Dezember) die Eheleute Wilhelm Karher, Remmormauerstraße 31. Möge dem Jubelpaare dereinst auch der goldene Kranz beschieden sein.

m. Verjagt Euch mit Gemüse. Man schreibt uns: Das Lebensmittelamt der Stadt hat 3. Zt. größere Mengen an Gemüsesorten, wie Wirsing, Möhren, rote Rüben, gelbe und weiße Steckrüben usw. angekauft, die zum Teil schon herangebracht sind, und bietet sie nach Eingang in der Markt-

halle zu soliden Preisen feil. Mit dieser Maßnahme wird beabsichtigt, unsere Bevölkerung hinreichend Gelegenheit zu geben, ihren gesamten Winterbedarf und zwar auf einmal einzudecken. Pflicht der Bevölkerung ist es aber auch, diese Fürsorge dadurch zu fördern, daß sie nicht nur ihren täglichen Bedarf befriedigt, sondern daß sie soviel an Gemüse einkauft, daß ihr Jahresbedarf annähernd gedeckt ist. Diese Regelung ist äußerst notwendig und liegt sowohl im Interesse der Familien als auch im Sinne der Allgemeinheit. Die Lebensmittel sind sehr knapp, auf spätere Versorgung ist kein Verlaß. Möhren lassen sich 3. V. gut und lange frisch erhalten, indem man sie in Verresand einschlägt und ab und zu nach einspricht. Auch Steckrüben halten sich im Keller recht lange gesund u. brauchbar. Es ergeht daher die dringende Mahnung an jedermann: Kauft Euren Bedarf an Gemüse sofort, zögert nicht damit, es ist dringende Notwendigkeit; haltet Haus damit, auch mit Kartoffeln, die kommende Zeit wird es Euch danken.

as. Schulpersonalien. Dem Parrer Behmen in Scherfede ist die Ortschulaufsicht über die lat. Volksschule in Scherfede übertragen. Der Lehrer Loer in Herzberg ist zum Hauptlehrer an der Dorfschule in Herzberg ernannt. — Verstorben: Lehrer Heidland von Herzberg nach Westfalen 3. 1. 12. 18. Lehrer Besehmer von Lammeln nach Gohlsch 3. 1. 12. 18. Lehrer Windmann von Gohlsch nach Gohlsch 3. 1. 19. — Endgültig angestellt sind: Lehrer Flore in Willebadessen zum 1. 10. 18. Lehrer Kampmeyer in Friedewalde zum 1. 11. 18. Lehrer Gohlsch in Quenheim zum 1. 12. 18. Lehrerin Rante in Gelsen zum 1. 11. 18. Lehrerin Vechlein in Paderborn zum 1. 11. 18. — Einmündig berufen ist: Schulamtsbevollmächtigter in Gagen i. W. nach Gagen zum 1. 12. 18. — Mit der Verleihung einer Schulkasse beauftragt sind: Schulamtsbzw. Hilbrand in Gohlsch zum 1. Januar 1919, Lehrerin a. D. Böger in Schwanau zum 16. 11. 18. — Verstorben sind: Lehrer Meyer aus Walle zum 2. 10. 18. Lehrer Böhm aus Brenthorst am 1. 11. 18. Lehrer Stute aus Wilschlag am 22. 11. 18. Zst. Doll Leiterin der Höheren Knaben- und Mädchenchule in Gohlsch am 2. 11. 18. — Ausgeschieden ist: Lehrerin Friede in Gohlsch zum 1. 1. 19. — Freie Stellen: evangelische Lehrerstelle in Wilschlag, Hauptlehrerstelle in Geter; Katholische: Hauptlehrerstellen in Delbrück und Stukenbrock (Kirchen- dienst), Lehrerstellen in Wenden, Hausberge, Rheda, Mariemünster und Schmalen und an den Rektoratsschulen in Bären und Salzotten.

bd. Anstehende Krankheiten. In der Woche vom 8.—14. Dezember wurde im Regierungsbezirk Minden 98 Fälle anstehender Krankheiten an 32 Orten gemeldet: 28 Erkrankungen und 7 Todesfälle an Diphtherie, 40 Erkrankungen und 3 Todesfälle an Grippe in Krankenanstalten (darunter 24 bezw. 3 Soldaten), 13 Todesfälle an Tuberkulose (darunter 2 Kriegsgel.), 2 Erkrankungen an Scharlach, 2 Erkrankungen und 1 Todesfall an Unterleibstypus, je 1 Erkrankung an Akuterkrankheit und Kindbettfieber. Deptere entfiel auf den Stadtkreis Herford, außerdem 1 Todesfall an Tuberkulose; auf den Landkreis Herford entfielen: 1 Erkrankung an Diphtherie in Herringhausen, 1 Erkrankung an Grippe in Wünde, 1 Todesfall an Tuberkulose in Motho.

la. Durch Diebstahl und unrechtmäßigen Verkauf sind eine große Zahl von Pferden aus dem Somelager, ca. 60 aus einem Hofanstellungsverdrängtem Bestande, in dem schwere Hofpässe, ebenso auch einige Händelälle vorlaken, in die Hände der Bevölkerung gelangt. Der dadurch entstehende Schaden ist unübersehbar. Meist sind es kleine Ukrainer Pferde, die bisher noch nicht zum Verkauf kamen.

p. Einbruchdiebstähle. In den letzten Nächten sind in der Stadt eine Reihe von Kellereintrüben verübt worden. Die Täter hatten es hauptsächlich auf die Erbeutung von Lebensmitteln abge-

sehen. Wie wir erfahren, sind die nächsten Polizeipatrouillen wesentlich verstärkt worden. Hierzu muß aber auch der Selbstschutz der Bewohner treten. Wer in der jetzigen Zeit seine Keller, Böden, Stallung usw. unverschlössen oder nur mangelhaft verschlössen hält, kann sich nicht wundern, wenn bei ihm gestohlen wird.

Demokratische Frauenforderungen.

Vortrag von Frä. Dr. Morisse in Herford.

Die Revolution zertrümmerte das glanzvolle Gebäude unseres Staates. Wir stehen schmerzgebeugt vor dem graufigen Trümmerfeld; hoffend und auf unsere unzerstörbare Volkskraft vertrauend aber stehen wir zugleich vor der gewaltigen Aufgabe, ein neues Haus zu bauen, zunächst den Grundriß zu diesem Bau zu entwerfen, wie dies die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung sein wird. Die ganze Nation wird aufgerufen zu diesem Werke, die Revolution führt eine neue Zeit herauf. Dieses Mal ruft Deutschland nicht nur seine Söhne, sondern auch seine Töchter. In voller Gleichberechtigung soll Frauenkraft mitwirkend nicht nur, sondern auch mitbestimmend eingebracht werden, soll sie für alle Zukunft ausschlaggebend sein in Gesetzgebung, Verwaltung und Regierung des neuen deutschen Staatsorganismus. Lange festverregelte Tore öffnen sich weit für die deutsche Frau, das demokratische Prinzip, dessen Gestaltung und Durchbruch wir heute erleben, gestattet ihr freien Zugang zum politischen Leben. Die Frau gewann mit dem Wahrecht das uneingeschränkte Staatsbürgerrecht und war nicht etwa als ein unerwähltes, unbedientes Geschenk, sondern als ein ihr längst zustehendes Recht, erworben durch höchste Kulturleistungen am Staate, Kulturleistungen wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und sittlicher Art. Es liegt zudem diese Entwicklung zum Staatsbürgerrecht der Frau als eine historisch notwendige in der Richtung des demokratischen Gedankens, der volle Gleichheit jedes einzelnen, ohne Rücksicht auf Stand, Rang oder Geschlecht verlangt.

Die erste Tat der deutschen Frau als Staatsbürgerin ist die Betätigung des Wahlrechts für die deutsche Nationalversammlung. Wo soll die Frau wählen? Dort ohne Frage, wo, nach dem bisherigen Verhalten der Partei, den Frauenforderungen und -Interessen gegenüber, die Frau die sicherste Partei sich rückhaltlos für die Sicherung des Frauenwahlrechtes in der Nationalversammlung einsetzen wird; denn noch ist das Frauenwahlrecht nur ein Provisorium, das der verfassungsmäßigen Sicherung in der Gesetzesformulierung noch bedarf. Unter allen bürgerlichen Parteien kann nach den Tatsachen der Geschichte für die bürgerliche Frau nur die Deutsche demokratische Partei in Frage kommen, die sich bekanntlich aus der alten Fortschrittlichen Volkspartei gebildet hat.

Innere entschieden aber wird die Frage, wo soll die deutsche bürgerliche Frau wählen? vom Gesichtspunkte der Weltanschauung aus. Im Rahmen der Deutschen demokratischen Partei bleibt die Frau fest verankert im Boden des deutschen Idealismus, der, unbedarft, nisten der Frau entsprechend, Pflege und Förderung nationaler, religiöser, sittlicher Kulturwerke verlangt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die deutsche bürgerliche Frau auf das schärfste geschieden von Sozialismus und Sozialdemokratie, deren Weltanschauung als krasser Materialismus auf alles Metaphysische, Geistige, Ideelle, vor allem die Religion verzichtet, also tiefste Gemütsbedürfnisse.

Versiegelte Lippen.

Roman von H. M. Witten.

(Nachdruck verboten.)

28

Der alte Arzt nickte befriedigt.

„Ja, er ist ein vernünftiger Mann, ihr Herr Vater. Dann braucht man ihn also nicht mehr zu beunruhigen. Ruhe, Ruhe, das ist die Hauptsache. — Und irgend jemand müßte Sie doch für die Nacht da haben. Es ist ja nicht anzunehmen, daß etwas passiert.“ setzte er hinzu, als er Marie-Luise's ängstliches Gesicht sah, „aber allein mit dem Mädchen können Sie doch nicht bleiben. Ist schon am besten, sie lassen sich die Schneider holen. Die steht schon ihren Mann. Ich fahre an ihrem Häuschen vorbei und schicke sie Ihnen dann gleich.“

Marie-Luise blieb in tiefer Mutlosigkeit zurück. Ach, sie wußte wohl, der arme Papa war sehr krank. Die Worte des Arztes bestätigten ihr nur, was sie selbst schon geahnt hatte. Wenn er starb! Sie konnte den Gedanken nicht aus dem Kopf. Wunderlich genug war er ja manchmal, ein ungeduldiger, egoistischer Kranker. Aber das alles vergaß sie ihn in diesem Augenblick. Wie gern wollte sie ihn pflegen und hegen, wenn sie ihn nur behalten dürfte. Und wenn er starb, wie einsam blieb sie zurück. Niemand hatte sie, der ihr nahestand, als Tante Ewald und Klaus. Und was würde Klaus ihr sein können. Die Minute wurde ihr zu Stunden, während sie am Lager des Kranken saß, der unruhig schlief und sich, abgerissene Worte murmelnd, hin und her warf. Und sie atmete erleichtert auf, als die Wärterin eintrat.

Frau Schneider pflegte nun schon seit undent-

lichen Zeiten alle Kranken im Dorf. Die große starke Frau mit dem gutmütig runden roten Gesicht hatte merkwürdig sanfte Hände und verstand es ausgezeichnet, mit den Kranken umzugehen. Schon ihre bloße Gegenwart wirkte beruhigend. Für Marie-Luise war Frau Schneider mit der Erinnerung an alle Kinderkrankheiten unzertrennlich verbunden, aber sie wußte auch, daß ihre Mutter sich von niemand lieber hatte pflegen lassen, als von ihr. Das hatte auch noch seinen besonderen Grund. Die Schneider war mit Frau von Wagnussen als Dienstmädchen mitgenommen und fühlte sich auch noch nach ihrer Heirat dem Hause und besonders seiner Herrin eng verbunden, und als sie nach kurzer Ehe Witwe wurde, war es natürlich, daß sie zu allen Veranlassungen, die irgend welche besondere Hilfe erforderten, im Hause erschien. Wie oft hatte Marie-Luise als vereinsamtes, verschüchtertes Kind nach dem Tode ihrer Mutter auf dem Schoße der großen Frau gesessen, sich streicheln und trösten und mit allerhand ländlichen Liederchen beruhigen lassen.

Auch jetzt war es ihr, als sei ein Teil ihres Kammers mitler geworden, als Frau Schneider merkwürdig leise ins Zimmer kam und so selbstverständlich ihren Platz am Krankenbett einnahm, als könne es gar nicht anders sein. Aufmerksam sah sie den Kranken an, der erwacht war und ein wenig verwirrt um sich blickte. Dann lächelte er.

„No, Schneidern, hier? Ihr wollt mich wohl zu Tode pflegen, was?“

„Ne, so weit ist's noch n.d. Herr Major,“ sagte die Frau, breitmütig lächelnd. „So'n bißchen Fieber wird doch Herrn Major nicht unterkriegen. So schnell geht das nich. Aber

Herr Major sollten was trinken. Fräulein Marleschen, Sie holen vielleicht von dem Saft, den Frau Pastorn eingekocht hat, aber nicht von dem süßen, von den Johannisbeeren; da, wo drauf steht, wenig Zucker.“

Der Major lächelte. „Ist doch gerade noch, als ob Sie immer im Haus gewesen wären, Schneidern.“

Sie nickte befriedigt. „Na ja, wo ich doch erst voriges Jahr da war, wo Herr Major es doch so mit dem Nismatismus hatten.“

„Rheumatismus, Rheumatismus, Schneidern.“ Sie nickte.

„Nismatismus, Herr Major, weiß schon. Die alte Schneidern lernt es nicht mehr anders. — So, nu müssen Herr Major trinken, und dann richtet ich Ihnen das Bett mal ein bißchen. Das haben Sie wieder mal schön verrinnert. Ich sag's ja immer die Männer sind wie die kleinen Kinder. Sie können sich nun mal ans Kranksein nich gewöhnen. Unserer, der ist viel geduldiger.“

Und mit ein paar geschickte Griffen ordnete sie das Lager, schob dem Kranken noch ein Kissen unter den Kopf und hatte ihn wirklich im Handumdrehen mehr Bequemlichkeit verschafft. Als es dunkelte, kam Frau Ewald noch einmal mit Klaus. Sie fanden den Kranken besser.

„Frau Pastorn brauchen sich nich, zu beunruhigen,“ sagte die Frau, „Herr Major wird ganz gut schlafen die Nacht. Ich kenne das nun schon, und Fräulein Marie-Luise wird zu Bett geben und sich auch auf den Schreden aus-schlafen.“

Marie-Luise sah die Trösterin dankbar an. Sie hörte nicht, was der Schneider beim Fortgehen der Pastorn sagte.

„Das Kind soll die Nacht noch schlafen, wer weiß, wie lange sie nich mehr schlafen wird. Der alte Herr gefällt mir nich.“

Frau Pastorn Ewald erschraf. Die alte Krankenschwester hatte sich im Laufe der Jahre einen sicheren Blick erworben.

„Aber er ist doch viel ruhiger, Schneidern.“ „Ne, ne, Frau Pastorn, gefallen tut er mir gar nicht.“

Frau Schneider behielt recht. Ein paar Tage schien es dem Major besser zu gehen. Dann kam ein zweiter Schlaganfall. Ganz gelähmt lag er noch zwei Tage bewußtlos und röchelnd dann farb er.

Marie-Luise war wie betäubt. Sie saß am Bette des Vaters, hielt die kalte Hand in der ihrigen und schaute mit tränenreichen Augen in das friedliche Antlitz, das ihr in seiner wächsernen Blässe so fremd erschien. Die Pastorn wollte sie mit sich nehmen, sie wiederlekte sich. Sie wollte nicht aus dem Hause. Frau Schneider blieb ja bei ihr, sie fürchtete sich nicht. Sie wollte ihren Papa bis zum letzten Augenblick nicht verlassen. — Und scheinbar gefaßt und tränenlos folgte sie auch dem Sarge, den man neben dem Grabe ihrer Mutter in die senkte.

Lore Stwald, die zum Begräbnis gekommen war, stand diesem verzweifelten Schmerz fast schen gegenüber. Als sie nachher in das leere Haus zurückkommen war, fiel sie der Freundin schluchzend um den Hals.

„Weine doch, Marie-Luise. Und komme jetzt mit mir, gleich. Du kannst nicht allein hier bleiben.“

Marie-Luise schüttelte den Kopf.

Fortsetzung folgt.

nisse der deutschen Frau unbefriedigt läßt. Im Wahlsrecht hat die deutsche Frau das Mittel in der Hand, sozialistische Weltanschauung zu bekämpfen, sozialistische Staatsform und Regierung zu verhüten. 14 1/2 Millionen bürgerlicher Frauen stimmen gegen 6 1/2 Millionen sozialdemokratische gegenüber! Aus diesem Zahlenverhältnis erhellt die Staatspflicht der deutschen Frau, jede einzelne Stimme respektlos einzulegen in der Betätigung der Wahl für die Nationalversammlung. Deutsche Frauen! In Eurer Hand liegt die Entscheidung über Wohl und Wehe Eures Vaterlandes! — Die Rednerin führte alsdann unter fortlaufender Zugrundelegung der im Wahlaufsatz der Deutschen demokratischen Partei scharf formulierten Richtlinien, im einzelnen aus, wie im Rahmen dieser Partei die deutsche Frau höchste allgemeine Kulturgüter und besondere Fraueninteressen zu fördern und zu vertreten vermag.

Das Staatsbürgerrecht befähigt sie zum Aufbau eines höchsten Menschheitsideals, das bei der demokratischen Republik zur Verwirklichung strebt, des uneingeschränkten Freiheits- und Gleichheitsgedankens. Hier wird die deutsche Frau auf Grund ihrer Befähigung die wahre Freiheit zu fördern vermögen, die Freiheit nämlich, die durch Selbsterziehung und Selbsttätigkeit gewonnen wird.

In der äußeren Politik wird der Einspruch des Frauentums in Zukunft das verhängnisvolle Element bilden, das den Militarismus und den Krieg als Zerstörung des der Frau heiligen Lebens bekämpft gemäß der Forderung der Deutschen demokratischen Partei im Hinblick auf Nützlichkeitsbegründung, Friedensstrebend der äußeren Politik und die Idee des Völkerbundes. Auf das schärfste wurden von der Rednerin, an Hand des Wahlaufsatzes, Angriffe gegen die Partei zurückgewiesen, die diese als international, religiös, feindlich hinstellen suchen. Es wurde das Problem der Trennung von Staat und Kirche, das geeignet ist, gerade die Frauenwelt auf das tiefste zu beunruhigen, beleuchtet und in das richtige Licht gerückt. Gewiß bekämpft sich die Deutsche demokratische Partei aus der richtigen, tiefinnerlichen Erwägung des Freiheitsgedankens heraus zu einer von weiten religiösen Kreisen selbstgeforderten Trennung von Staat und Kirche, aber sie will die Würde der Kirche und ihre finanzielle Selbstständigkeit durchaus gewahrt wissen, sie erkennt rückhaltlos die Bedeutung der Religion für das deutsche Volkstum an und gestattet der deutschen Frau im weitesten Umfange die Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse in Haus und Schule. Im Hinblick auf die religiöse Frage verweist die Deutsche demokratische Partei — und damit kommt sie innerlichen Wünschen der deutschen Frau entgegen — jede Verunglimpfung, Bekämpfung andersgläubiger Volksgenossen; sie bemerkt damit, daß es ihr ernst ist mit dem demokratischen Gedanken, der in Reinheit erfährt, religiöse Unduldsamkeit ausschließt.

Es wurden alsdann die wirtschaftlichen Interessen und Forderungen der Frau im Rahmen der Deutschen demokratischen Partei erörtert. Der Handwerkerin, wie der kaufmännischen Angestellten und der Beamtin verbürgt die Deutsche demokratische Partei wirtschaftliche, soziale und vor allem rechtliche Förderung und Sicherung. Das Kernproblem der wirtschaftlich-sozialen Frauenfrage wurde alsdann eingehend besprochen. Das Problem des unermittelbaren, überaus engen Nebeneinander von Beruf und Mutterschaft in der Frauenwelt der Fabrikarbeiterbevölkerung, das soziale Elend von Millionen von Frauen der unteren Volksschichten, das aus der Doppelbelastung durch Beruf und Mutterschaft entspringt, ist eine Folgeerscheinung des Kapitalismus. In dem die Deutsche demokratische Partei diesen Kapitalismus bekämpft und in echt demokratischem Sinne jedem einzelnen menschlichen Daseinsbedürfnis zu schaffen verspricht, wird stärksten Wünschen der deutschen Frau auf sozialem Gebiet Rechnung getragen. Die Ausführungen wandten sich dann den höheren, geistigen Frauenberufen zu. Alle Fesseln und Hemmnisse werden nach dem Programm der Deutschen demokratischen Partei auch hier fallen; gleiche Ausbildungsmöglichkeiten, gleiche wirtschaftliche Stellung, Aufstieg in die leitenden Stellungen hinein, Erschließung aller geistigen Berufe werden der Frau verbürgt, die Bedeutung der Erschließung des theologischen, vor allem aber des richterlichen Berufes werden nachgewiesen; im Zusammenhang damit wurden die Probleme der rechtlichen Stellung der verheirateten, wie der geschiedenen Frau, des illegitimen Kindes und der Doppelmoral der Geschlechter erörtert.

Zum Schluß wies die Rednerin nach, wie die Deutsche demokratische Partei sich vor und im Kriege stets rückhaltlos eingesetzt hat auch für das kommunale Bürgerrecht, damit für die so überaus fruchtbare soziale Tätigkeit der Frau in Stadt- und Landgemeinden. — Wie die deutsche Frau — das ergab sich als Zusammenfassung des Dargestellten mit ruhiger Sicherheit eintreten in die politische Arbeit, d. h. in die Kulturarbeit am Staat, so wolle sie als Mitglied der Deutschen demokratischen Partei.

Amt Hohfeld-Mennighöfen.

el. Bischofsheim, 19. Dez. Ein Kriegsteilnehmer schreibt uns: In den letzten Kriegsmomenten wurden wiederholt von Mannschaften, welche gerade bei Ausbruch des Krieges aktiv dienten (also heute über 6 Jahre ununterbrochen Soldat sind) die Frage erörtert: Was wird aus uns nach dem Kriege? Mancher tapferer Soldat hat sich bei dieser Frage schwere Gedanken um die Zukunft gemacht und mit Recht, denn es ist vielfach eingetroffen, wie sie vermutet haben. Leider sind nur wenige von diesen Leuten zurückgekehrt. Sie waren die ersten, die dem Feinde entgegen zogen und haben wohl am meisten gelitten. Die Wenigen aber, die jetzt in die Heimat zurückgekehrt sind, stehen nun arm und verlassen da. In den aktiven Dienstjahren sind die wenigen Ersparnisse verbraucht, auch Kleider und Wäsche sind nach über 6 Jahren kaum oder garnicht vorhanden. Sie besitzen nur den Entlassungsantrag und können vielfach nicht einmal Wäsche und Kleider wechseln. Vor dem Kriege waren sie Soldat und werden darum vorläufig nur schwer eingestellt, da ohnehin schon alle Betriebe überfüllt sind, abgesehen davon, daß die Leute, vor allen Dingen Handwerker usw., 6 Jahre aus ihrer Beschäftigung herausgerissen waren und während dieser Zeit vieles verlernt haben. Es bleibt vielen von ihnen also nur der eine Weg, wieder zum Militär zurückzukehren. Aber auch hier werden sie nur vorübergehend wieder angenommen, trotzdem es wohl ihr sehnlichster Wunsch ist, endlich in ein anderes Leben zu kommen. Wäre es da nicht unbedingt erforderlich etwas für diese Männer zu tun? Besonders könnte ihnen wenigstens Kleider und Wäsche zu billigeren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Auch könnten Arbeitgeber und Behörden angewiesen werden, diese Leute mit in erster Linie einzustellen. Hier tut Hilfe not, und ich möchte alle amtlichen und privaten Stellen hiermit dringend bitten, sich für solche Hilfe stark zu machen.

Lippische Fürkämmer.

Detmold, 20. Dez. In der heutigen Sitzung des lippischen Volks- und Soldatenrats wurde die Teuerungszulage für lippische Beamte auf 500 M für verheiratete und unverheiratete Beamte festgesetzt; ferner für jedes Kind des verheirateten Beamten 50 M. Den in familiären Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern soll zu Neujahr eine einmalige außerordentliche Zuzahlung von einer noch zu vereinbarenden Höhe gemacht und die Löhne, soweit sie noch hinter einem noch festzustellenden Mindestsatz zurückbleiben, alsbald entsprechend erhöht werden. Die Gemeindeverwaltungen sollen angewiesen werden, auch ihren Beamten Zulagen zu gewähren und hierbei die Hilfskräfte und Arbeiter, soweit sie vollbeschäftigt sind, in der Weise wie die Beamten zu bedenken. Das Landtagswahlrecht wurde dahingehend abgeändert, daß alle wahlmündigen Personen, die seit dem 1. Oktober 1918 in Lippe ihren Wohnsitz haben, zum Landtag wahlberechtigt und wählbar sind. Das Wahlalter war schon früher von 24 auf 20 Jahre herabgesetzt. Ebenso war die Bestimmung des Landtages, den Frauen die Wahlbarkeit erst mit dem Jahre 1928 zu geben, beseitigt. Der Wahlgang bleibt indes bestehen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

wtb. Rostock, 19. Dez. Die Herzogin Adolf Friedrich wurde am 17. Dezember von einer gefunden Tochter entbunden. Zu der großen Schwäche der Herzogin trat Lungenentzündung und Rippenfellentzündung hinzu, so daß sie gestern abend 12 1/2 Uhr gestorben ist.

wtb. Berlin, 19. Dez. Der Regierungspräsident zu Köln hat jenen auf Veranlassung des britischen Generalgouverneurs nachstehende Verfügung an die Behörden des von der britischen Armee besetzten Gebietes ergehen lassen: Der britische Generalgouverneur hat angeordnet, daß in den von britischen Truppen besetzten rechts- und linksrheinischen Gebieten die Arbeiter- und Soldatenräte sich jedweder Einmischung auf Staats- und kommunalbehörden, sowie der Einmischung in Verwaltungsangelegenheiten zu enthalten haben. Hiernach haben die A- und S-Räte ihre gesamte hierauf bezügliche Tätigkeit unterbieten zu müssen und sich auch der Benutzung staatlicher und kommunaler Gebäude und Einrichtungen zu enthalten. Ich ersuche ergebenst, dies baldigst den A- und S-Räten bekannt zu geben und diejenigen Personen, die den Anordnungen des britischen Generalgouverneurs entgegenhandeln, mir namhaft zu machen. Die englischen Militärbehörden werden dann gegen dieselben einschreiten.

Unabwendbarer Zufall.

In einer Straßsage sollte gegen ein Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt werden. Durch das Verschulden des Rechtsanwalts des zum Freerestaurant einberufenen Rechtsanwalts verdrück die Frist, ohne daß Berufung eingelegt wurde. Der Antrag des Verteidigers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Verschuldens des Bureaupersonals wurde vom Landgericht Duisburg mit der Begründung zurückgewiesen, daß das Verschulden des Bureaupersonals keinen unabwendbaren Zufall darstelle, wenn das Verschulden der Angeklagten durch pflichtmäßige Überwachung seitens des Verteidigers hätte vermieden werden können. Gegen diesen Beschluß des Duisburger Landgerichts legte der Verteidigers Beschwerde ein mit dem Hinweis, daß das Berufungsgericht unter dem obwaltenden Umständen und

unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse in Bezug auf den Bureaubetrieb des Rechtsanwalts den Begriff der pflichtmäßigen Überwachung verkannt habe. Das Düsseldorf Oberlandesgericht hat der Beschwerde mit der Begründung stattgegeben, daß nach den Umständen des vorliegenden Falles die Verschuldung als unabwendbarer Zufall anzusehen sei.

Das erste bayerische Eisenbetonschiff.

In der Werft für Eisenbetonschiffe der Münchener Firma Gottfried Weber, ist das erste bayerische Eisenbetonschiff vollendet worden. Es handelt sich um ein Kanalschiff in den größten durch die Schleusenabmessungen des Donau-Ludwig-Main-Kanals begrenzten Dimensionen. Das Schiff ist in den Abmessungen eines Kanal-Motorschiffes modernster Form gebaut. Die Ladefähigkeit ist bei 1,17 Meter Tieflage genau 100 Tonnen und erreicht, bezogen auf die Ladefähigkeit des neuesten eisenen Kanal-Motorschiffes „König Ludwig II.“ Der Vergrößerung ist nur um 2-3 Zentimeter größer als der des eisenen Kanal-Motorschiffes. Die große Tragfähigkeit bei Vollladung ist auf eine besonders originelle Ausbildung des Deckes des Schiffes zurückzuführen. Jedenfalls ist damit der Beweis erbracht, daß das wichtigste Problem am Eisenbetonschiff gelöst ist, nämlich die Herunterdrückung des Eigengewichtes der Schiffe auf ein Maß, das der eisenen Schiffe nicht wesentlich übersteigt. Das Schiff ist auf Wasserdrichtigkeit und Tragfähigkeit eingehend geprüft worden und entspricht in seinen guten Formen auch bewährten Ansprüchen an schiffbauliche Formgebung.

Eisenbahnwagen aus Beton.

Nach den Beton Schiffen folgen jetzt Betoneisenbahnwagen. Ausbacher Wälder bringen die interessante Nachricht, daß in dem holländischen Orte Doetinchem eine große Fabrik zur Herstellung von Eisenbahnwagen aus Beton errichtet wird.

Enttäuschung im besetzten Gebiet.

Die im besetzten Gebiet vielfach gehegte Hoffnung auf eine Besserung der Ernährungsverhältnisse hat sich, wie man der „Deutschen Journalpost“ meldet, nicht erfüllt. Wohl haben die Franzosen die Reichslande alsbald mit großen Weizen-, Kaffee-, Getreide- und Mehlisierungen überflutet; aber damit hat man anscheinend nur die Summen fördern wollen, um den Empfang von Cimenten, Poincare und Fisch durch die Bevölkerung begünstigt zu gestalten. Nachdem es in Straßburg, Metz und Mülhausen in den ersten Tagen, wie im Märchen vom Schlaraffenland zugeht und Wein und Sekt in Strömen floss, ist inzwischen wieder Schmalhans Ruchmelter geworden. Die Franzosen haben auf das alte deutsche Rationierungsgesetz zurückgegriffen, müssen, angeblich, weil bisher über die früheren Rationierung nur eine einseitige, nicht durchgeführte Eisenbahnverbindung hergestellt werden konnte, die überdies von den vormals existierenden Besatzungstruppen und von den zurückgeführten Gefangenentransporten überfüllt ist. Im Saar-Revier hat man von vornherein darauf verzichtet, der Bevölkerung blauen Dunst vorzumachen, vielmehr sie alsbald wissen lassen, daß mit irgendwelchen Nahrungsmittelzuschüssen seitens der Entente nicht zu rechnen sei. In der hiesigen Stadtverordnetenversammlung ersuchte deshalb auch der Oberbürgermeister um eine möglichst sparsame Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel, da die von der französischen Seite kommenden Transporte ausschließlich für die Besatzungstruppen gebraucht würden und auf Zuschüsse von deutscher Seite hier angesichts der Sperre nicht zu rechnen sei.

Vor dem britischen Polizeigericht.

Im Domhotel zu Köln, das bei dem Besuche des großen Präsidenten Krüger von Transvaal diesem als Absteigequartier diente und von dem aus er seinen Prozeß gegen die britische Verwaltung nach Berlin richtete, ist, infolge der englischen Besetzung, jetzt der Sitz des britischen Polizeigerichts in Köln geworden. In den letzten Tagen hatten sich von ihm Hunderte von Kölner Bürgern zu veranlaßt, die die Anordnungen der britischen Behörde, über die Verleumdungsbefugnisse übertraten. In langen Reihen standen an den beiden Tagen Männer und Frauen vor dem Hotel, in das sie nach und nach vorgelassen und dann einzeln vor dem Gerichtshof abgeurteilt wurden. Wie wir hören, sind die Schuldigen mit empfindlichen Geldbußen belegt worden. Es wurde ein Unterschied gemacht zwischen solchen Leuten, die sich ohne Rücksicht nach 9 Uhr auf der Straße aufhalten hatten und solchen, die glaubhaft nachweisen konnten, daß sie aus beruflichen oder sonstigen Gründen nicht rechtzeitig von der Straße fern konnten. Während am ersten Tage Geldstrafen bis zu 30 Mark verhängt wurden, hat man am zweiten Tage Geldstrafen von 30 Mark an aufwärts verhängt. Es verlautet, daß in künftigen Fällen auch auf Freiheitsstrafen erkannt wird. — Inzwischen hat sich stillschweigend der Kölner A-S-Rat aufgelöst, nachdem er von dem britischen Befehlshaber als behördliche Instanz nicht anerkannt worden war. Wie in den übrigen Städten des besetzten Gebietes hatte auch hier die britische Behörde sich abgesetzt mit dem A- und S-Rat zu verhandeln. Demzufolge sind die Mitglieder, die den behördlichen Stellen zur Kontrolle beigegeben waren, aus ihrem Dienst ausgeschieden.

Verantwortlich für den Text und Inzeratenteil: E. Rühle, Herford.

Städtischer Butterverkauf.

Da in der Weihnachtswoche auf den Donnerstag der zweite Weihnachtsfeiertag fällt, wird die Butter für diejenigen Käufer, die sie an diesem Tage erhalten würden, am Sonnabend, den 28. Dezember 1918

in nachstehender Reihenfolge ausgegeben:
vorm. von 8-9 Uhr an die Jnh. der Butterkarten Nr. 1917-3104, von 9-10 Uhr Nr. 3105-4252, von 10-11 Uhr Nr. 4253-5467.

Der Verkauf am Freitag und Sonnabendnachmittag findet auch in der Weihnachtswoche in der bekannten Reihenfolge und zu den üblichen Stunden statt. Die Buttereinheit kostet 32 Pfennig.
Herford, den 20. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Andrang des Publikums zum Kauf von Kleidung in der städtischen Kleiderwerkstatt macht es notwendig, vom 1. Januar 1919 an Kleiderkarten einzuführen, die auch den Zweck haben sollen, eine gleichmäßige Verteilung zu erreichen.

Ein Anspruch auf Vorsehung von Kleidung wird durch diese Karte nicht erworben.

Es kann im Monat nur abgegeben werden: (Bezugs-scheinpflichtige Sachen nur gegen Bezugschein) 1 Teil an eine Familie aus 2 Personen, auch Einzelpersonen, 2 Teile an eine Familie aus 3-4 Personen, 3 Teile an eine Familie aus 5-6 Personen, 4 Teile an eine Familie aus 7-8 Personen usw.

Nach Ablauf eines jeden Monats findet eine Nachlieferung von Kleidungsstücken für den vergangenen Monat nicht mehr statt.

Verlorene Karten werden nicht ersetzt, darum sorgfältig aufbewahren.

Die Ausgabe der Karten findet von Montag, den 23., bis Dienstag, den 31. d. Mts., im Rathaus, Zimmer 34, vormittags von 8 1/2-12 1/2 Uhr, gegen Vorlegung der Lebensmittelliste in folgender Reihenfolge statt:

Montag, den 23. Dezember für die Jnh. der Lebensmittellisten Nr. 1-1500, Dienstag, den 24. Dezember, Nr. 1501-3000; Freitag, den 27. Dezember, 3001-4500, Sonnabend, den 28. Dezember, Nr. 4501-6000; Montag, den 30. Dezember, Nr. 6001-7500, Dienstag, den 31. Dezember, Nr. 7501-10 469.

Zur Empfangnahme von Kleiderkarten sind diejenigen Personen berechtigt, die zu den Armen und Minderbemittelten gehören.

Herford, den 19. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Erwerbslosenfürsorge.

Erwerbslose müssen vor Stellung des Unterstützungsantrages beim Arbeitsamt, Waisenhausstraße Nr. 1, wegen Zuweisung von Arbeit nachfragen. Erst wenn solche nicht nachgewiesen wird, können sie den Unterstützungsantrag unter Vorlegung der vom Arbeitsamt erhaltenen Karte bei der Fürsorgestelle im Rathaus, Zimmer Nr. 69, stellen.

Herford, den 19. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Ver. Familienunterstützung.

Nach § 2 der Verordnung vom 9. Dezember d. Js. darf über den 31. Dezember 1918 hinaus Familienunterstützung grundsätzlich nur dann gezahlt werden, wenn sich die Mannschaften noch nach dem 30. November 1918 bei der Truppe befinden haben. Die Familien haben eine dahingehende Bescheinigung des Truppenteils, bezw. des Gef.-Truppenteils oder des Bezirkskommandos beizubringen.

Diesem Empfänger also, die Ansprüche auf Weiterzahlung der Familienunterstützung über den 31. Dezember 1918 hinaus erheben, müssen die vorerwähnte Bescheinigung, soweit das nicht bereits geschehen ist, oder bis zum 28. d. Mts. eine schriftliche Erklärung am Kriegsunterstützungsamt, Zimmer Nr. 70, darüber abgeben, daß der Ernährer sich noch bei der Truppe befindet. Ausgeschlossen von der Weiterzahlung der Familienunterstützung über den 31. Dezember 1918 hinaus sind die Familien der Mannschaften, die in Erfüllung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht nach dem 30. November 1918 bei der Truppe verbleiben.

Herford, den 19. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Städtischer Käseverkauf.

In der Turnhalle am Wilhelmshof werden gegen Vorlegung der Lebensmittelliste auf die Person 100 Gr. Spezialkäse zu 72 s

in nachstehender Reihenfolge abgegeben:

Am Dienstag, den 24. Dezember 1918,

vorm. von 8-9 Uhr an die Jnh. der Lebensmittellisten Nr. 7581-8146, von 9-10 Uhr Nr. 8147-8506, von 10-11 Uhr Nr. 8507-8905, von 11-12 Uhr Nr. 8906 bis 9324.

Beim Kaufe ist die Lebensmittelliste zur Eintragung vorzulegen. Eine Abfertigung außerhalb der vorgeschriebenen Reihenfolge findet nicht statt.
Herford, den 23. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Graupen und Gries.

In den Geschäften kann von Sonnabend, den 28. Dezember d. Js., ab auf Warenkarte Nr. 17 1/2 Pfund Graupen und 1/2 Pfund Gries gekauft werden.

Die Karten müssen bis zum 6. Januar 1919 eingelöst sein. Die Geschäfte haben die Karten aufgelöst bis zum 8. Januar 1919 im Rathaus, Zimmer Nr. 103, abzuliefern.

Herford, den 23. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 810/11. 18. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

- Die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. III. 3000/6. 18. R. A. vom 29. Juni 1918, betreffend Beschlagnahme von Fasern aus Kolbenstift, Besenginster, Weizenstift, Hopfen, Lupine, und Getreidestroh (Straw) zu der Bekanntmachung Nr. W. III. 3000 9. 16. R. A. vom 10. November 1916, betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Stroh- und Strohstroh usw. und
- die Bundesratsbekanntmachung über Besaginsten vom 17. Oktober 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1247 ff.) treten außer Kraft.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 1. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
Wolfsbügel.

